

AfD will ganzjährig Schwarz-Rot-Gold: Symbol oder Schaufenster?

Die AfD-Fraktion im Kreistag Mayen-Koblenz fordert ganzjähriges Hissen der Bundesflagge. Diskussion und Kritik über Symbolik und Neutralität stehen im Fokus.



Koblenz, Deutschland - Die Debatte um die Beflaggung von Dienstgebäuden in Deutschland bewegt sich in schwindelerregende Höhen. Am 19. Juni 2025 hat die AfD-Fraktion im Kreistag Mayen-Koblenz einen auffälligen Antrag eingebracht, der dem politischen Raum in der Region und darüber hinaus zu schaffen macht. Der Vorschlag sieht vor, dass die schwarz-rot-goldene Landesflagge vom 1. Januar bis 31. Dezember an allen Dienstgebäuden und Schulen weht. Dies wurde in einer Diskussion im Kreisausschuss thematisiert, wobei Landrat Marko Boos von der SPD ebenfalls zu Wort kam. Die Frage, ob dieser Antrag ernst oder nur als Schaufenster-Demonstration verstanden werden sollte, bleibt offen.

Den Hintergrund dieses Antrags beleuchtet auch der Bundestag in einem Bericht vom 5. Juni 2025. Hier fordert die AfD in ihrem Antrag Schwarz-Rot-Gold als identitätsstiftendes Symbol für unsere Demokratie konsequent bewahren, eine traditionelle Beflaggung an allen staatlichen Dienstgebäuden wiederherzustellen. Diese Initiative wurde nach einer 20-minütigen Diskussion in die zuständigen Ausschüsse übertragen, mit dem Innenausschuss in der Federführung. Insgesamt zielt der Antrag darauf ab, ausschließlich die Bundesflagge auf dem Reichstagsgebäude und anderen Bundesdienstgebäuden zu hissen und kritisiert Änderungen des Beflaggungserlasses von 2005. Insbesondere die Genehmigung des Hissens der Regenbogenflagge durch das Bundesinnenministerium wird als Problem aufgefasst.

Flagge oder Ideologie?

Die AfD argumentiert, dass die Bundesflagge in Schwarz-Rot-Gold ein essentielles Symbol für die verfassungsmäßige Ordnung und die Einheit des Staatsvolkes darstellt. Zudem betont die Partei, dass kein anderes Symbol diese herausgehobene Stellung relativieren sollte. Anders sieht es die AfD beim Hissen der Regenbogenflagge, welches für sie ein ideologisches Signal darstellt und das Neutralitätsgebot des Staates verletzen könnte. Hier wird deutlich, dass die Diskussion über das Hissen von gewissen Flaggen nicht nur symbolische, sondern auch tiefere gesellschaftliche Implikationen mit sich bringt, die weit über die reine Beflaggung hinausgehen.

In einem weiteren Kontext zeigt sich auch, dass die AfD derzeit viele Mitglieder hat, die starke Verbindungen zum Rechtsextremismus aufweisen. Laut Berichten sind 22 Kandidaten der AfD im Potsdamer Landtag als rechtsextrem eingestuft, was zu Bedenken über die wachsende Einflussnahme solcher Personen in den politischen Gremien führt. Insgesamt wird damit deutlich, dass die Diskussion um die Beflaggung auch die politischen und gesellschaftlichen Strömungen in Deutschland widerspiegelt, die sich in den letzten Jahren

zunehmend polarisiert haben.

Gerade in einer Zeit, in der Werte wie Toleranz und Diversität wichtiger sind denn je, muss die Debatte um Flaggen und ihre Bedeutung sorgfältig geführt werden. In diesem Sinne ist der Antrag der AfD nicht nur ein einfacher Vorschlag zur Beflaggung, sondern ein weiteres Element im großen Spiel um Identität und Ideologie in der deutschen Gesellschaft. Es bleibt spannend zu beobachten, wie sich diese Diskussion weiter entwickeln wird.

Mehr Details zur Debatte über die Beflaggung und die damit verbundenen politischen Strömungen finden Sie in den Berichten von rhein-zeitung.de und bundestag.de. Für Hintergrundinformationen über die politischen Verbindungen der AfD empfehlen wir die Ausführungen auf deutschlandfunk.de.

Details	
Ort	Koblenz, Deutschland
Quellen	• www.rhein-zeitung.de • www.bundestag.de • www.deutschlandfunk.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de